

M 4511 E

libertal

Heft 11 25. Jahrgang November 1983 ISSN 0459-1992
Beiträge zur Entwicklung einer freiheitlichen Ordnung

GERHART R. BAUM

Perspektiven für die liberale Partei

WOLF-DIETER ZUMPFORT

Vom Umverteilungsstaat zur sozialen Marktwirtschaft

GERHARD OLSCHOWY

Ökologisch verpflichtete Landschaftsnutzung

KLAUS VON DER ROPP

Südafrika – Chance und Herausforderung für die Liberalen

Südafrika – Chance und Herausforderung für die Liberalen

Klaus von der Ropp

Anfang Dezember 1983 wird die Friedrich Naumann Stiftung (FNS) in Gummersbach führende Liberale aus vielen Mitgliedsparteien von *Liberal International* wie auch hervorragende Vertreter der liberalen Partei der weißen Südafrikaner, der *Progressive Federal Party* (PFP), zusammenführen. Gegenstand der vielen Referate und anschließenden Diskussionen werden die Entwicklungen in der Republik Südafrika selbst, in den Anrainerstaaten wie auch in dem immer noch nicht unabhängigen SWA/ Namibia sein. Ferner wird über die Politik des Westens in dieser Region, darunter über die Gründe ihres Scheiterns in den zurückliegenden sieben Jahren und die Grundlinien künftiger Politik, zu sprechen sein.

Westliche Politik in der Retrospektive

Es ist außerordentlich zu bedauern, daß die Initiatoren dieser einwöchigen Konferenz diese nicht bereits vor etwa sieben Jahren veranstalten konnten. Denn seinerzeit war auch in der Bundesrepublik kaum jemand darauf vorbereitet, eine konstruktive Politik gegenüber vor allem SWA/ Namibia und Südafrika neu formulieren zu müssen. Gerade in einem Land mit geringen Erfahrungen in Afrika fehlte es an dem erforderlichen Sachverstand. Die westdeutschen Parteien machten hier keine Ausnahme. Um diese Zeit rückte aber, kurze Zeit nach Ausbruch der großen Rebellion des schwarzen Südafrikas, die im Juni 1976 in Soweto/ Johannesburg begann, das südliche Afrika mit seinen vielfältigen Problemen auch auf der Liste Bonner außenpolitischer Prioritäten in eine führende Position.

In den Jahren der Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland im Sicherheitsrat (SR) der Vereinten Nationen (1977/78) und auch später widmete dann Bundesaußenminister H.-D. Genscher sein besonderes Augenmerk den Konflikten in und um die ehemals deutsche Kolonie SWA/Namibia und Südafrika. Deutlicher als alle seine Vorgänger sah Genscher, daß in beiden Ländern rassistische Unrechtsordnungen bestanden, daß es daher über kurz oder lang in beiden Territorien zu intensiven kriegerischen Auseinandersetzungen kommen würde, und daß die Gefahr bestehe, daß diese Konflikte auf die Anrainerstaaten übergreifen und vielleicht sogar über die Region hinaus zu großen Konflikten führen würden. Zumindest würden diese Konflikte, so die Sorge Genschers, dann zu erheblichen Positionsgewinnen der UdSSR und DDR in einer für die westliche Welt aus wirtschaftlichen und strategischen Gründen sehr bedeutsamen Region führen, wenn es dem Westen nicht gelingen würde, das südliche Afrika zu befrieden.

So waren es maßgeblich Genscher, der seit Januar 1977 amtierende, stark an Menschenrechtsfragen interessierte neue Präsident der USA, Jimmy Carter, und dessen afroamerikanischer UN-Botschafter Andrew Young, die im März 1977 die sog. SWA/Namibia-Initiative der westlichen »Fünf« initiierten. Die seinerzeitigen fünf westlichen Mitglieder des SR der UN (USA, Großbritannien, Frankreich, Bundesrepublik Deutschland und Kanada) einigten sich damals, im Verein mit SWAPO, Südafrika, eher am Rande den »internen« Parteien in SWA/Namibia sowie den schwarzafrikanischen Frontstaaten (Tanzania, Zambia, Botswana, Angola, Mozambique und später auch Simbabwe) den Versuch zu unternehmen, SWA/Namibia in die international anerkannte Unabhängigkeit zu führen.

Diese SWA/Namibia-Politik, ihren Erfolg unterstellt, sollte dann den Auftakt zu einer Südafrika-Initiative sein, die darauf abzielen würde, auch in der Republik am Kap der Guten Hoffnung die Apartheids-Ordnung zu beseitigen, d.h. im Sozialen, im Wirtschaftlichen und vor allem auch im Politischen einen fundamentalen Wandel herbeizuführen. Auch in der Republik Südafrika, so war die Vorstellung in Washington, Bonn, Ottawa, den afrikanischen Frontstaaten wie auch bei allen südafrikanischen Befreiungsbewegungen, sollte die Herrschaft der weißen Minderheit (17 v.H. der Gesamtbevölkerung) durch die Herrschaft der schwarzen Mehrheit (ca. 70 v.H.) abgelöst werden. Die Vorstellung war also, zunächst in SWA/Namibia und anschließend auch in Südafrika ein System des *»ein-Mensch-eine-Stimme-in einem Staat«* oder, wie die US Vertreter dies ausdrückten, *»das amerikanische Modell«* einzuführen.

Die mit allen afrikanischen Fragen hervorragend vertrauten Regierungen in London (zunächst unter James Callaghan und später unter Margaret Thatcher) und Paris (zunächst unter Valéry Giscard d'Estaing und später unter Francois Mitterrand) teilten zwar die These ihrer Verbündeten von der Unhaltbarkeit des Status quo in Südafrika, stimmten jedoch dort nicht mit ihnen überein, wo sie für den Mehrvölkerstaaten Südafrika ein System des *»one-man-one-vote-in einem Staat«* das Wort redeten. Mit der eher linksliberalen Führung der PPF um Frederik Van Zyl Slabbert und Dritten¹⁾ wußten die Briten und Franzosen, daß angesichts der extremen Heterogenität der südafrikanischen Bevölkerung ein effizienter Minderheitenschutz, wie ihn das amerikanische Modell eben nicht vorsieht, nämlich die machtpolitische Absicherung des Existenzrechts der nach wie vor souverän herrschenden weißafrikanischen Nation, der Schlüssel für die Befreiung der schwarzafrikanischen Mehrheit Südafrikas sei. Volkmar Köhler, später Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit, hat das im September 1982 in Johannesburg treffend so ausgedrückt: *»Nur derjenige vermag dem schwarzen Südafrika die Freiheit zu bringen, der auch das Existenzrecht der dort lebenden weißafrikanischen Nation absichert. . . . Wer das nicht sieht, der bewirkt wenig mehr, als daß er Südafrika an einen Abgrund schrecklicher Gewalt*

1) S. dazu liberal 4/1977, S. 268-280; 7-8/1979, S. 614-622; 12/1980, S. 940-948; 9/1981, S. 684-695 und 11/1982, S. 845-856.

führt.« Übrigens hatte Egon Bahn bereits fünf Jahre zuvor sehr ähnlich argumentiert²⁾).

Diese Stimmen konnten sich jedoch nicht durchsetzen. Washington unter Jimmy Carter und Bonn/Ottawa wie auch die schwarzen Südafrikaner argumentierten anders. Sie erkannten also nicht an, daß die Probleme des Mehrvölkerstaates Südafrika im Kern andere seien als die der europäisch/südafrikanischen Siedlerkolonie SWA/Namibia. In einer fordernden und siegesgewissen Sprache verlangten sie von Pretoria, neben einer Aufgabe SWAs/Namibias, die Umkehr der politischen Macht in Südafrika selbst. Gewiß wurde hier das weißafrikanische Dennoch, der Widerstandswille und die Widerstandskraft der weißen Afrikaner unterschätzt. Alle weißen Südafrikaner, gleichgültig ob von reaktionärer, konservativer oder linksliberaler Herkunft widersetzten sich solchen Vorstellungen nämlich bedingungslos. So war wohl bereits 1977 das Scheitern westlicher Politik im südlichen Afrika vorprogrammiert.³⁾ Entgegen einer weit verbreiteten Meinung⁴⁾ scheiterte die westliche SWA/Namibia und mit ihr auch Südafrika-Politik also nicht erst Ende 1978, nach dem Fehlschlag der von Genscher initiierten SWA/Namibia-Konferenz von Pretoria, als sich insbesondere Großbritannien und die Bundesrepublik Deutschland außerstande sahen, Südafrika durch die Verhängung von Zwangsmitteln dazu zu bringen, den in SR-Resolution 435 niedergelegten Plan für die Entlassung SWAs/Namibias in die Unabhängigkeit zu respektieren. Auch ist unrichtig, daß die SWA/Namibia-Initiative erst Anfang 1981 mit dem Amtsantritt von Ronald Reagan fehlgeschlagen sei, da erst dessen Regierung die Räumung SWAs/Namibias durch Südafrika vom Abzug der Kubaner aus Angola abhängig gemacht habe. Die Ende 1978 ausgebliebenen Sanktionen wie auch das »Cuban linkage« waren nicht mehr als zusätzliche Gründe für eine im Grunde doch unbegreifliche Niederlage der großen westlichen Industriemächte im Ringen mit der Mittelmacht Südafrika.

Wer heute in das südliche Afrika reist, der wird feststellen, daß die westlichen »Fünf« nur noch die Rolle von mehr oder weniger hilflosen Zuschauern spielen. Das Gesetz des Handelns haben andere an sich gerissen. Simon Jenkins gab seinem kürzlich im »Economist« erschienenen Beitrag den Untertitel »Potgieter im Gegenangriff«⁵⁾. »Potgieter«, sein Name steht heute gleichermaßen für das englisch- wie das afrikaanssprachige weiße Südafrika, der über 300 Jahre an der Südspitze Afrikas ein Dasein des Kampfes geführt hat, hat jetzt, da die westlichen »Fünf« vor ihm in die Knie gegangen sind, zu sich zurückgefunden. Kein Staat in der Region, der

2) Der Vortrag V. Köhlers ist abgedruckt in International Affairs Bulletin (Braamfontein/SA) 3/1982, S. 35-45 (»Europe's Role in Africa: a German view«). Das Interview mit Egon Bahr findet sich in Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt vom 10. Juli 1977, S. 8.

3) So Klaus Frhr. von der Ropp »Konflikte im Umfeld der Republik Südafrika« in Außenpolitik 1/1983, S. 80-92 i. V. m. ders. »Frieden oder Krieg im südlichen Afrika?« in Außenpolitik 4/1977, S. 437-454.

4) So etwa Winrich Kühne »Die Rolle der Bundesrepublik im Namibia-Konflikt« in Beiträge zur Konfliktforschung 1/1983, S. 89-93 (92).

5) »Destabilisation in Southern Africa/Potgieter counter-attacks« in The Economist vom 16. Juli 1983, S. 15-28.

dem ANC, der wichtigsten Befreiungsorganisation des schwarzen Südafrikas, oder SWAPO Unterstützung gewährt, tut dies ungestraft.

So griffen »Potgieters« Streitkräfte (SADF) Anfang Dezember 1982 in Maseru/Lesotho von ANC-Angehörigen bewohnte Gebäude an, da dort im Transvaal begangene Sabotageakte vorbereitet worden seien. In der Folgezeit verließ der ANC dann zunächst seine Stellungen in Swaziland⁶⁾ und dann auch in Lesotho. Auch in anderen Staaten der Region wurde die Warnung Pretorias verstanden. Es wird stimmen, daß die Regierungen etlicher Nachbarstaaten (u.a. Lesotho, Mozambique und Swaziland) jetzt bereit waren, mit Südafrika, der regionalen Supermacht, Antisubversions-Pakte abzuschließen: Man einigte sich darauf, die Regierung des jeweiligen Vertragspartners nur noch begrenzt oder überhaupt nicht mehr zu destabilisieren. Doch wurden auch Pretoria die Grenzen seines Handelns noch im selben Monat aufgezeigt. Nicht durch den SR der Vereinten Nationen, der Südafrika in einer hart formulierten Resolution einstimmig, übrigens erstmals seit Amtsantritt Ronald Reagans im Januar 1981, verurteilte. Denn diese Resolution blieb ohne Folgen! Sondern durch den ANC, dem es jetzt, vom schwarzen Südafrika laut bejubelt, erstmals gelang, in den in Koeberg/West Kap noch im Bau befindlichen ersten Kernkraftwerken des Landes an sensiblen Stellen vier Feuer zu legen. Ein Sprecher des ANC äußerte dazu in Dar-es-Salaam, die Feuer seien ein Gruß »an alle unsere Helden und eingekerkerten Kameraden, darunter auch jene, die heute nachmittag in Maseru begraben werden«. Befindet sich Südafrika auf dem Weg in einen Konflikt, in dem *Potgieter*, wie amerikanische und britische Experten es für möglich erklärt haben, zuletzt auch taktische Nuklearwaffen einsetzen wird, der gar, wie Egon Bahr vor Jahren warnte, sich zu einem dritten Weltkrieg auszuweiten könnte?

Gleichgültig wie diese Fragen zu beantworten sind, allein der Umstand, daß sie überhaupt gestellt werden können, macht die Notwendigkeit deutlich, die Lehren aus dem unbegreiflichen Scheitern nahezu siebenjähriger diplomatischer Bemühungen im südlichen Afrika zu ziehen und dementsprechend eine neue Politik zu formulieren. Allerdings wird das letztere heute außerordentlich schwierig sein. Denn mit guten Gründen haben die Frontstaaten, das schwarze Südafrika und das schwarze SWA/Namibia in der Zwischenzeit jedes Vertrauen in den Westen verloren. Zu vieles wurde versprochen oder doch zumindest in Aussicht gestellt, nichts von alledem ging in Erfüllung. Das gilt im südlichen Afrika nicht nur für militante Befreiungsbewegungen wie etwa SWAPO, ANC und PAC, sondern auch für eher gemäßigte Gruppierungen wie Gatsha Buthelezi (INKATHA⁷⁾). Und das weiße Südafrika hat es verlernt, den Westen zu respektieren, seine Drohungen ernst zu nehmen, sich gar vor ihm zu fürchten. Zu leicht haben die Fünf es *Potgieter* gemacht, sie in die Ecke zu treiben. Längst lacht Pretoria über den Westen und

6) Vgl. Pat Bulger »No safe haven for ANC« in The Daily News (Durban) vom 22. Februar 1983, S. 24.

7) Zu den Vorstellungen G. Buthelezi s. Gatsha Buthelezi »Die Rolle des Westens im Befreiungskampf der Schwarzen im südlichen Afrika« in Europa Archiv 17/1983, S. 517-526.

seine Politik. Auch hat es in den zurückliegenden Jahren manchen westlichen Unterhändler, der *Potgieter* zuvor gedehnmütigt hatte, hinter verschlossenen Türen verhöhnt. Auch hier ist *Potgieter* längst zum Gegenangriff übergegangen. Erschwerend kommt noch folgendes hinzu: Pretoria hat es in den vergangenen Jahren dank eigener Anstrengungen wie auch enger Zusammenarbeit mit Israel und Taiwan verstanden, sich aus rüstungstechnischen und wirtschaftlichen Abhängigkeiten vom Westen zu lösen. Entsprechend besser ist Südafrika für den Tag gewappnet, wo der SR der Vereinten Nationen tatsächlich gemäß Kap. VII der UN Charta Zwangsmaßnahmen gegen Pretoria verhängt, um es zu einem bestimmten Verhalten zu zwingen.

Die bevorstehende Südafrika-Konferenz der FNS wird der F.D.P. (und ihren liberalen Schwesterparteien) Gelegenheit bieten, unbegreiflich lange Versäumtes endlich nachzuholen, nämlich sich zu einem höchst komplexen Sachverhalt sachkundig zu machen. Die westdeutschen Sozialdemokraten haben dies in den vergangenen Jahren u. a. bei einigen von Werner Puschra betreuten Seminaren der Friedrich-Ebert-Stiftung vorbildlich getan. Die CDU ist einen anderen, gleichfalls erfolgreichen Weg gegangen: Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat nämlich mit Gerd Dieter Bossen einen hervorragend informierten Beobachter vor Ort nach Durban entsandt. Viel wäre bereits gewonnen, wenn es FNSt und F.D.P. gelänge, sich die dann allerdings sehr schnell in Vergessenheit geratene Wahlkampfaussage zum Südafrikakonflikt von 1980 neu zu erarbeiten und dann, anders als bislang, auch zu ihr zu stehen: »Die F. D. P. tritt jeder Form von Rassendiskriminierung entgegen. Deshalb unterstützen die Liberalen in der Bundesrepublik nachdrücklich den Kampf der Liberalen Südafrikas zur Überwindung der Apartheid durch eine von den Repräsentanten aller Bevölkerungsgruppen dieses Mehrvölkerstaates frei ausgehandelte Ordnung. Diese neue Ordnung muß das Selbstbestimmungsrecht der Mehrheit wie auch die Absicherung des Existenzrechts der Minderheiten als voneinander abhängige Elemente enthalten.«

In dieser Zeitschrift sind in den zurückliegenden Jahren immer wieder Vorstellungen liberaler Südafrikaner vorgestellt worden, nach denen eine Antwort auf das südafrikanische Dilemma »Selbstbestimmungsrecht der Mehrheit versus qualifizierten Minderheitenschutz« durch eine konkordanzdemokratische Ordnung oder aber durch eine radikale Teilung des Landes (Modell Indien/Pakistan) gefunden werden kann⁸⁾. Es mag durchaus sein, daß die schwarzen und die weißen Südafrikaner erst dann bereit sein werden, über solche Kompromißformeln nachzudenken und miteinander zu verhandeln, wenn ihnen zuvor in einem Bürgerkrieg die Grenzen dessen aufgezeigt worden sind, was für sie zu erreichen ist. Das sollte die westlichen Staaten aber nicht daran hindern, nach sorgfältigem Studium des südafrikanischen Krisenszenarios bereits heute nach Rückfall- und Kompromißformeln zu suchen. Je sorgfältiger dies geschieht, desto eher werden die Fehler der zurückliegenden sieben Jahre vermieden, desto erfolgreicher können die »Fünf« eines Tages, und das

8) S. die Anm. 1) angeführten Arbeiten.

nächste »Soweto« kommt bestimmt, die Rolle des ehrlichen Maklers zwischen schwarzen und weißen Afrikanern übernehmen.

Zu den Entwicklungen in der SWA/Namibia-Frage

Hätten die von den westlichen »Fünf«, den afrikanischen Frontstaaten, den Vereinten Nationen und auch SWAPO angestrebten freien Wahlen in SWA/Namibia tatsächlich stattgefunden, so hätte SWAPO sie souverän gewonnen. In Südafrika wäre aber die Regierung P.W. Botha, die ohnehin zunehmend von reaktionären Kräften unter Druck gesetzt wird, einem solchen Wahlausgang innenpolitisch nicht gewachsen gewesen. So war die starre und zugleich geschickte Diplomatie der Südafrikaner stets darauf gerichtet, die westliche Initiative durch den Aufbau immer neuer Hindernisse zum Scheitern zu bringen. Das gelang schon deshalb, weil die westliche Diplomatie der ihrer südafrikanischen Gegenspieler nicht gewachsen war. Der westlichen Diplomatie lag eben kein wirkliches Konzept zugrunde⁹⁾. Auch war sie wohl häufig weniger an dem Bestreben der Konfliktlösung als an Imagepflege im UN-Kontext orientiert. So sollte es letztlich doch nicht wundernehmen, daß am Ende eines fast siebenjährigen Ringens der Triumph des südafrikanischen Rassismus steht¹⁰⁾. Recht deutlich wurde das in den Worten, die der südafrikanische Verteidigungsminister General Magnus Malan Ende Oktober 1982 in Windhoek sprach: *»Wir können uns nicht aus dem Operationsgebiet im Süden Angolas in den südlichen Teil Namibias oder das Nord-Kap zurückziehen. . . . Das würde dazu führen, daß die rote Flagge über Windhoek weht. . . . Ich glaube, daß die SWAPO eine kommunistische Bewegung ist.«*

So wird das politische Geschehen in SWA/Namibia Ende 1983 nach wie vor durch die hilflos erscheinenden Bemühungen der westlichen Fünf um eine wie auch immer geartete Wiederbelebung ihrer Verhandlungsinitiative, durch den Fortgang des von Pretoria weit in die VR Angola hineingetragenen, seit 1966 währenden Buschkrieg, die trotz aller militärischen Rückschläge ungebrochene große politische Stärke SWAPOs sowie das unrühmliche Ende der von Pretoria bis vor kurzem protegierten, von der DTA (*Demokratische Turnhallen Allianz*) gestellten Regierung in Windhoek geprägt.

Zu Recht führte der amerikanische Botschafter in Südafrika, Herman W. Nickel, Anfang 1983 aus *»Tatsache ist, daß als die Reagan Administration ihr Amt (zwei Jahre zuvor) antrat, die Verhandlungen über die Implementierung von Resolution 435 tot im Wasser trieben«*¹¹⁾. Es erscheint fraglich, ob die Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Kanada dies damals bereits so klar

9) S. dazu Klaus Frhr. von der Ropp »Südafrika und Namibia: Das Scheitern der Friedensinitiativen« in *Die Internationale Politik 1979/80*, Jahrbücher der DGAP, Bonn, 1983, S. 338-357.

10) S. »Government's Triumph on Namibia« in *Ecunews* (Johannesburg) 11/1982, S. 2-3.

11) »Mid-term statement on the Reagan Administration's Southern Africa Policy« in *Southern Africa Record* (Braamfontein/SA), No. 31 (1983), S. 12-19.

sahen. Wenn sie es taten, so sprachen sie es nicht aus, da es ihres Erachtens außer SR-Resolution 435 keine Basis für eine friedliche Lösung des SWA/Namibia-Konfliktes gab.

So gingen die USA im ersten Halbjahr unter Federführung des neuen *Assistant Secretary of State for African Affairs*, Chester A. Crocker, und unter weitgehender Außerachtlassung ihrer Verbündeten sehr ihre eigenen Wege. Auf sehr deutliche Kritik stießen sie dabei außer im schwarzen Afrika vor allem in Bonn sowie bei der im Mai 1981 neu ins Amt gewählten Regierung François Mitterrand. Diese übernahm nämlich die Bonner SWA/Namibia- (nicht Südafrika-!) Politik. Unter Hintanstellung von Res. 435 waren die USA jetzt allem Anschein nach bemüht, die Zukunft SWAs/Namibias im bilateralen Gespräch mit Pretoria zu klären. Dabei betrieben die neuen amerikanischen Unterhändler, anders als ihre Vorgänger, eine verschwiegene Diplomatie. So kann nur spekuliert werden, was zwischen ihnen und den Südafrikanern diskutiert wurde: das Verhältnis SWAPOs und des ANCs zur UdSSR, die Position der UdSSR im übrigen südlichen Afrika, Pretorias immer härter werdende Politik gegenüber seinen schwarzafrikanischen Nachbarn, insbesondere Angola, Mozambique und Zimbabwe, Gegenleistungen der USA für eine Aufgabe SWAs/Namibias durch Südafrika, Möglichkeiten einer militärischen Kooperation, Einzelheiten des »*Cuban linkage*« usw. Es spricht vieles dafür, daß nicht nur die OAU-Staaten diese Gespräche mit sehr viel Mißtrauen verfolgten. Ihre Befürchtungen steigerten sich fast ins Unermeßliche, als die Tageszeitung *The Windhoek Observer* am 1. Oktober 1981 meldete, Washington sei bereit, im Austausch gegen den Rückzug Pretorias aus SWA/Namibia, der südafrikanischen Regierung ein Recht auf militärische Intervention in einem unabhängigen Namibia für den Fall einzuräumen, daß dessen (SWAPO-)Regierung den ANC unterstütze. Ferner denke man jetzt in Washington an eine militärische Zusammenarbeit mit Pretoria. Für den Fall, daß Washington und Pretoria tatsächlich an solche Abmachungen dachten, stellt sich die Frage, woran sie und damit auch die bilateralen Kontakte zwischen beiden Regierungen scheiterten. Zwei Antworten sind möglich. Zu einem erscheint ausgeschlossen, daß SWAPO und die Frontstaaten ihnen ihre Zustimmung gegeben hätten. Und zum anderen blieb das Problem des »*Cuban linkage*«, das die USA nicht zu lösen vermochten. Dies auch dann nicht, als Crocker und andere amerikanische Unterhändler in der zweiten Jahreshälfte 1982 darüber intensiv mit der Regierung in Luanda und später, Ende 1982, mit der sowjetischen Regierung sprachen.

Zuvor, etwa im Herbst 1981, hatten sich die USA, maßgeblich auf Drängen der Regierungen in Bonn und Paris, auf Res. 435 zurückbesonnen und haben diese dann nicht mehr in Frage gestellt. Allerdings gelang es den »Fünf« auch unter der Führung Crockers nicht, die in SWA/Namibia kriegführenden Parteien, d.h., SWAPO einerseits und Pretoria und seine Vasallen andererseits zum Abschluß eines Waffenstillstandes und damit zur Implementierung von Res. 435 zu bewegen. Daß dies alles dem Generalsekretär der UN gelingen könnte, wird kaum jemand angenommen haben. Dennoch beauftragte ihn der SR der Vereinten Nationen Ende

Mai 1983 mit einer solchen Mission, die, wie zu erwarten, im August/September 1983 scheiterte.

Um die Jahreswende 1982/83 war allerdings deutlich geworden, daß auch die Südafrikaner in einem sehr wichtigen Punkt gescheitert waren: Anfang 1983 veranlaßte Pretoria nämlich das von der DTA gestellte Windhoeker Kabinett unter seinem Vorsitzenden Dirk Mudge zum Rücktritt. Um diese Zeit erlosch auch die Amtszeit der gut vier Jahre zuvor gegen den Willen der »Fünf« gewählten Windhoeker Nationalversammlung, ohne daß ein neues Parlament gewählt worden wäre. Seither regiert wiederum nur noch Pretoria über den von ihm eingesetzten Generaladministrator. Pretoria reagierte damit auf die nicht erst 1982 sichtbar gewordenen großen Schwächen der DTA¹²⁾. Deren immerhin reformorientierte Politik hatten den rechtsextremen Kritikern P. W. Bothas in Pretoria immer wieder Argumente geliefert, die Regierung in Pretoria des Ausverkaufs der Interessen der weißen Siedler zu bezichtigen. Die in Pretoria Regierenden hätten um solch unqualifizierte Anklagen wohl nicht viel gegeben, wenn es gelungen wäre, die DTA zu einer wirklichen Alternative zu der revolutionären SWAPO heranwachsen zu lassen. Das aber gelang nicht. Die DTA blieb, was sie immer gewesen war, das Ziehkind Pretorias. So war sie den Verantwortlichen in Pretoria Anfang 1983 einfach nur noch lästig. Man entledigte sich ihrer! Allerdings ist gut denkbar, daß es sich hier um ein zwischen Pretoria und der DTA abgekartetes Spiel handelt. Danach sollte der DTA jetzt, in der »Opposition« zu Pretoria, Gelegenheit geboten werden, sich neu zu profilieren. Das wird ihr kaum gelingen. Schon deshalb nicht, weil sie in dem brutalen Buschkrieg im Norden SWAs/Namibias und im Süden Angolas, den Pretoria gegen SWAPO und damit gegen die große Mehrheit der schwarzen Bevölkerung SWAs/Namibias führt¹³⁾, stets auf Seiten Pretorias, d.h. auf Seiten der Unterdrückter steht.

Pretoria ist nicht bereit, SWAPO in Windhoek an die Macht kommen zu lassen. Und es hat militärisch die Mittel, seinen Willen auf absehbare Zeit durchzusetzen. Das mußten auch die Angolaner erkennen, mit denen sich die Südafrikaner im Dezember 1982 in der Republik Kap Verden zu geheimen Verhandlungen trafen. So scheiterte auch diese Gesprächsrunde.

Derzeit erscheint demnach ein Rückzug Südafrikas aus SWA/Namibia nur unter einer Voraussetzung denkbar: In Südafrika selbst intensiviert sich der Bürgerkrieg, so daß Pretoria über nicht genügend Personal verfügt, die hochentwickelte Wirtschaft aufrechtzuerhalten und zugleich die Republik Südafrika incl. aller Reservate der Schwarzen, seien diese nun »unabhängig« oder nicht, unter Kontrolle zu halten. Denn ehe Pretoria Teile Südafrikas oder eines der Reservate, die dann gleich vom ANC zur ersten Provinz einer Volksrepublik Südafrika/Azania erklärt werden wür-

12) Dazu Leon Kok »The DTA Drama/Behind the Scenes« in The Windhoek Advertiser vom 19. Februar 1982, S. 10-11.

13) Dazu The Southern African Catholic Bishops' Conference »Report on Namibia«, 1982.

den, aufgibt, wird es SWA/Namibia der SWAPO überlassen. Aber bis dahin können noch viele Jahre vergehen.

Südafrika zwischen weißer Selbstbehauptung und schwarzer Rebellion

Auch südafrikanische Offizielle geben immer wieder zu verstehen, daß die Probleme ihres Landes ganz überwiegend politischer und somit nicht militärischer Natur seien. Und es gibt selbst im Regierungslager immer wieder Stimmen, etwa jene Ton Vosloos in der wichtigen afrikaanssprachigen Tageszeitung »*Beeld*« (Johannesburg), die die Regierung auffordern, mit dem ANC über die Zukunft des Landes zu sprechen. Die Masse seiner weißen Landsleute wird ihn jedoch für »*oorbeligt*« erklären, wird seine Vorstellungen als »*überbelichtet*« zurückweisen. Und auch der ANC wird mit seiner Aufforderung kaum etwas anzufangen wissen, ehe sie nicht, was nicht geschehen wird, die Forderung beinhaltet, alle Regierungsmacht dieser Befreiungsbewegung zu übertragen. So wird nicht verhandelt, sondern auf beiden Seiten Krieg vorbereitet.

In diesem Zusammenhang ist auch das viel beschworene Reformwerk des südafrikanischen Ministerpräsidenten P. W. Botha zu sehen.

Im Mittelpunkt der derzeit in Südafrika intensiv diskutierten Verfassungsreform steht bekanntlich das Vorhaben der Regierung, gleichberechtigt neben das Parlament der Weißen (»*House of Assembly*«) ein solches der gemischtrassigen Südafrikaner (»*House of Representatives*«) und der indienstämmigen Südafrikaner (»*House of Delegates*«) zu stellen. Ein Parlament für die schwarzen Südafrikaner aber wird es nicht geben. Diese Parlamente der Weißen und Braunen werden zusammen die Erste Kammer bilden. Ihr übergeordnet wird die Zweite Kammer sein, der weiße, gemischtrassige und indienstämmige Deputierte angehören werden. Sie werden indirekt gewählt bzw. vom Staatspräsidenten ernannt werden. Aufgrund der zahlenmäßigen Überlegenheit der weißen Gruppe gegenüber den beiden braunen Gruppen werden die Weißen in dieser Zweiten Kammer immer in der Mehrheit sein. M.a.W., im Bereich der Legislative wird immer die stärkste Partei der Weißen das letzte Wort haben. Analoges gilt für die Exekutive, die dem Parlament nicht mehr verantwortlich sein wird. An ihrer Spitze wird ein Exekutivpräsident stehen. In der Praxis, wenn auch nicht kraft Gesetzes, wird er immer ein Mitglied der weißafrikanischen Bevölkerungsgruppe sein. In dem ihm verantwortlichen Kabinett werden jedoch Vertreter der weißen (17 v.H. der Gesamtbevölkerung), gemischtrassigen (10 v.H.) und der indienstämmigen (3 v.H.) Südafrikaner sitzen. Sheena Duncan von der Bürgerrechtsbewegung Black Sash urteilt zu Recht über das hier entwickelte, ausgeprägt autoritäre Regierungssystem »*Die Macht wird zentralisiert, nicht aber geteilt*«¹⁴).

14) »Reform: Quo Vadis?« in South Africa International (Johannesburg) 10/1982, S. 97-111 (100); vgl. ferner André du Toit in Rand Daily Mail (Johannesburg) vom 2. Dezember 1982, S. 5 (»The case of ›reform‹ equals one-party rule«) und J. Hennie P. Serfontein »Has South Africa changed since P. W. Botha took over?« in Ecnnews (Johannesburg) 12/1981, S. 9-14.

Auch im übrigen ist es ein Leichtes, eine Fülle von Unzulänglichkeiten des P. W. Bothaschen Reformwerks aufzuzeigen, so bleibt etwa die soziale Apartheid zwischen Weiß und Braun (und natürlich auch Schwarz) bestehen, d. h., Gesetze wie der *Group Areas Act*, der *Mixed Marriages Act* ect. werden fortgelten.

Aber viel schwerwiegender als diese Flucht der Regierung in Scheinreformen zugunsten der Braunen ist die Beibehaltung, vielleicht Verschärfung der Apartheid für die Schwarzen. Die PFP hat diesen Umstand zum zentralen Punkt ihrer außerordentlich scharfen Kritik an der neuen Verfassung gemacht. Aber diesen Kampf muß die PFP innerhalb des liberalen Lagers alleine führen. Denn auch hier versagen die Liberale aus den westlichen Ländern ihre Hilfe, sie fallen damit im Grunde der PFP in den Rücken. Die couragierten weißafrikanischen Liberalen prangern unaufhörlich an, daß es für die schwarzen Südafrikaner bei der berühmt gewordenen Bemerkung Connie Mulders, des seinerzeitigen Ministers für *Bantu Administration and Development*, bleibt ». . . wenn unsere Politik logisch zu Ende geführt sein wird, dann wird es keinen schwarzen Menschen mit südafrikanischer Staatsbürgerschaft mehr geben. . .«¹⁵⁾.

In den zurückliegenden Jahren wurden bekanntlich bereits vier der wirtschaftlich allesamt nicht lebensfähigen, unterentwickelten und überfüllten Reservate (Transkei, BophutaTswana, Venda und Ciskei) in die, außer von Südafrika, von keinem Drittstaat anerkannte Unabhängigkeit entlassen. Die Politik Pretorias ist unverändert, daß auch die übrigen fünf oder sechs Reservate diesen Weg in die »Selbstbestimmung« gehen sollen. Unabhängig davon, ob die »Staatsbürger« der Reservate in einem dieser Reservate oder in (Rest-)Südafrika leben, werden sie ihre eigentlichen politischen Rechte nur in den Reservaten haben.

In Südafrika wird die Zahl derjenigen schwarzen Afrikaner, die ein unbefristetes Aufenthalts- und Arbeitsrecht in (Rest-)Südafrika haben, aufgrund neuer gesetzlicher Maßnahmen abnehmen. Gesetzliche Grundlage dafür wird das im Kapstädter Parlament bislang nur diskutierte, also noch nicht verabschiedete *Orderly Movement and Settlement of Black Persons Bill* sein. Danach werden die Schwarzen, die auch in Zukunft in (Rest-)Südafrika leben und arbeiten dürfen (sog. *permanent urban residents*, »purs« – früher hießen sie bekanntlich »section-tenners«), über erheblich verbesserte Möglichkeiten schulischer und beruflicher Ausbildung und Tätigkeit wie auch viel bessere Wohnverhältnisse usw. verfügen. Auf kommunaler Ebene (nur dort!) sollen ihnen auch politische Selbstverwaltungsrechte eingeräumt werden. So hofft die Regierung, noch zu sehr später Stunde eine mit ihr kollaborierende, anti-revolutionäre schwarze Mittelschicht bilden zu können. Wenn dies für die Wirtschaft in (Rest-)Südafrika opportun ist, nur dann!, werden weitere Schwarze aus den Reservaten die Erlaubnis erhalten, als Pendler oder Wanderarbeiter nach (Rest-)Südafrika zu kommen und dort für einen natürlich begrenzten Zeitraum Arbeit anzunehmen. Wer aber ohne eine solche Genehmigung in (Rest-)

15) Hansard (Kapstadt) Nr. 2, Spalte 579 (vom 7. Februar 1978).

Südafrika lebt (und das tun heute viele Hunderttausend) und arbeitet, der wird nach dem neuen Recht erheblich härter bestraft als nach dem geltenden Recht.

In diesem Zusammenhang verdient Erwähnung, daß Black Sash und eine Reihe von kirchlich orientierten Zeitschriften in jüngerer Zeit eine Fülle von schockierendem Material über entsprechende Gerichtsverfahren wegen Verstoßes gegen die »Passgesetze«, die Vertreibung von Schwarzen aus »schwarzen Landflecken«, die für weiß erklärt wurden, die Rücksiedlung oder besser Umsiedlung von Schwarzen in die Reservate usw. veröffentlicht haben. Viele der Autoren unterstützen aktiv die PFP. Diese Dokumentationen¹⁶⁾ wurden zudem immer wieder von liberalen Parlamentariern in Kapstadt aufgegriffen. Die PFP ist ferner nie müde geworden, die berüchtigten Nacht- und Nebelaktionen der Polizei, bei denen die in der Regel erbärmlichen Unterkünfte »illegaler« Schwarzer etwa in den in der Nähe des Kapstädter Flughafens gelegenen Lagern KTC, Nyanga und Crossroads zerstört werden, aufzudecken und zu verurteilen.

Mitglieder und Amtsträger der F.D.P. und anderer westlicher liberaler Parteien erlebten ein Lehrstück, lernten sie die Kampagnen ätzender Kritik, Schmähungen und Diffamierungen kennen, denen Van Zyl Slabbert und seine Gefolgsleute hier ausgesetzt sind. Sie würden es dann wohl bereuen, die PFP in ihrem Kampf bislang kaum unterstützt zu haben.

Durch solche Polizeiaktionen sollen die betroffenen Schwarzen verunsichert werden, sie sollen veranlaßt werden, in die Reservate (hier Transkei/Ciskei) überzusiedeln. Wo irgend möglich, weigern sich die Schwarzen, dies zu tun oder kehren nach gewaltsamer Deportation durch die Behörden in die Misere dieser Lager aus Plastik- und Pappkarton-Hütten zurück. Denn in den Reservaten, die zusammen (!) nur 1 v.H. des südafrikanischen BSP erwirtschaften, können sie für sich und ihre Familien kaum einen Lebensunterhalt finden.

Die Schwarzen, die hier protestieren und kämpfen, sehen häufig nur einen Ausweg, die Herrschaft des ANC in Südafrika. In Proteste der weißen Liberalen, übrigens auch der weißen Kirchenführer, mischt sich aber die Furcht vor der Herrschaft eben dieser schwarzen Revolutionäre, die auch sie, die Liberalen, rücksichtslos unterdrücken, vielleicht vertreiben oder liquidieren werden. Es ist schwer verständlich, weshalb so wenige westliche Liberale sich hier mit der schlichten Existenzangst gerade auch der streitbaren Liberalen in Südafrika solidarisieren. Denn so treiben westliche Liberale auch die PFP »Potgieter« in die Arme und tragen selbst zum Scheitern westlicher Friedenspolitik im südlichen Afrika bei.

Wenn schon oft die Bereitschaft fehlt, die Entwicklungen in Südafrika auf das Sorgfältigste zu analysieren, so sollte doch eines den westlichen Beobachter nachdenklich stimmen: Selbst die römisch-katholische Kirche, deren Klerus sich unter

16) S. dazu die regelmäßige Berichterstattung in »Sash« (Johannesburg), »South African Outlook« (Rondebosch), »Ecunews« (Johannesburg), »Diakonia News« (Durban) sowie die Jahresberichte der regionalen Beratungsbüros von Black Sash.

Führung eines hervorragenden Liberalen, des Erzbischofs von Durban, Denis Hurley, mehr als die Spitze jeder anderen christlichen Gemeinschaft um die soziale Integration bemüht, erscheint hier überfordert: ANC-Aktivist*innen sind auch für den schwarzen Priester Boten der Freiheit und Glieder der Kirche, für das weiße Gemeindeglied aber sind sie Terroristen, Mörder, Kommunisten¹⁷). Selbst in den katholischen Klöstern, so wurde kürzlich bekannt, kommt es immer wieder zu unerträglichen Spannungen zwischen Schwarz und Weiß! Auch hier leben eben Menschen völlig entgegengesetzter Kulturkreise zusammen. Die vielen erfolgreichen Anschläge der Guerillaarmee des ANC, *Umkhonto we Sizwe*, gegen Eisenbahnlinien, Kraftwerke, Polizeistationen, gegen die Kohlverflüssigungsanlagen Sasol I und II, gegen den Militärkomplex Voortrekkerhoogte (Pretoria), gegen die Kernkraftwerke in Koeberg, gegen das Hauptquartier der Luftwaffe in Pretoria usw. alles dies weist auf den großen südafrikanischen Bürgerkrieg hin. Vielleicht trifft zu, was die Zeitschrift »Africa Now« im August 1983 unter der Überschrift »South Africa: People's War Now« meldete. Doch sollte aus diesen Meldungen wie aus den Siegesmeldungen »Potgieters« nicht auf den Ausgang dieses Bürgerkrieges geschlossen werden. Den vermögen heute nur Dilettanten zu prognostizieren!

Für die Masse der gemischtrassigen (»Coloureds«) und indienstämmigen (»Inders«) Südafrikaner, die ja militärisch ohnmächtig sind, wird sich in diesem Konflikt nur noch die Frage des nackten Überlebens stellen. Entsprechend gespalten sind ihre Lager bereits heute! In beiden Bevölkerungsgruppen widersetzt sich aber die große Mehrheit der neuen Verfassung. Man sieht in ihr nicht mehr, als den (ungeschickten) Versuch der Weißen, sich der Hilfe der Braunen für jenen Tag zu verschern, da Pretoria die Revolution des schwarzen Südafrikas zu zertreten bemüht sein wird.

Immer schon waren eine ganze Reihe von »Indern« im In- und Ausland, in aller Regel in führenden Positionen, im militanten Widerstand tätig. Dies sowohl innerhalb der (verbotenen) *South African Communist Party* als auch, zunächst nur in dessen externem Flügel, im ANC. Die Macht des ansonsten wenig homogenen *Natal Indian Congress* wurde deutlich, als er Ende 1981 zum Boykott der Wahlen zum sog. *South African Indian Council* aufrief¹⁸). Die durchschnittliche Wahlbeteiligung betrug damals 10 v. H.!

Der militant gewordene Widerstand von gemischtrassigen Schülern, Studenten und, anderes auch bei den »Indern«, auch Arbeitern kommt heute deutlich zum Tragen. So macht im Zusammenhang mit der zwangsweisen Umsiedlung von »Coloureds« innerhalb des »weißen« Südafrikas wie auch bei Mieterhöhungen das *Cape Area Housing Action Committee* (Cahac) von sich reden. Coloured Geistliche, dar-

17) S. etwa »Black Priest's Sermon Rocks White Congregants« in *Ecunews* 2/1981, S. 3–4.

18) S. etwa »Boycott SAIC elections – Mahatma would have done the same« in *The Leader* (Durban) vom 18. September 1981, S. 1 (»Anti-SAIC election campaign kicks off«); vom 2. Oktober 1981, S. 1 (»Candidates Lacking in Credibility«) und vom 23. Oktober 1981, S. 6 (»Anti-SAIC conference/Delegates bank on Freedom Charter«).

unter als der profilierteste Vertreter Allan Boesak, spielen in den harten kirchlichen Auseinandersetzungen und auch im Streit um die neue Verfassung eine sehr wichtige Rolle¹⁹⁾. So kamen ihnen bei der Gründung des »broederkring«, einer Gemeinschaft extrem regierungskritischer Pfarrer, und auch bei der Begründung der *Alliance of Black Reformed Churches in Southern Africa* (Abreca) eine Schlüsselrolle zu. Beide Institutionen sind heute Zentren des kirchlichen Widerstandes gegen die Politik Pretorias.

Ein weiteres Zentrum des Widerstandes wurde in den zurückliegenden Jahren auch die häufig gebannte, in Kapstadt erscheinende Monatszeitschrift »Grass-roots«. Ihr Engagement weckt Erinnerungen an die Mitte der 50er Jahre gegründete, später von den Behörden verfolgte Kongreß-Allianz, ein Bündnis des ANC mit zahlenmäßig sehr viel kleineren, teils revolutionären, der Südafrikanischen KP nahestehenden Parteien der weißen, gemischtrassigen und indienstämmigen Südafrikaner. Die Gründung der sog. *United Democratic Front*, eines Zusammenschlusses politischer Gruppen und Parteien der schwarzen und braunen Bevölkerungsgruppen, belebte Anfang August 1983 diese Erinnerungen aufs Neue. Es bleibt abzuwarten, welche Rolle dies Bündnis in Zukunft zu spielen vermag!

Gleichgültig, wann das nächste »Soweto« ausbricht, die Auseinandersetzungen in der Republik Südafrika und im übrigen südlichen Afrika werden für die westlichen Staaten ein sehr wichtiges außenpolitisches Problemfeld bleiben. Das gilt auch dann, wenn Pretoria weiterhin, ohne an einen Stolperdraht zu stoßen, in den der UdSSR durch Freundschaftsverträge verbundenen Volksrepubliken Angola und Mozambique interveniert. Sollten die beiden früheren portugiesischen Kolonien, was zu erwarten ist, der jetzt neu auszuhandelnden handels- und entwicklungspolitischen Konvention (»Lomé«) zwischen EWG und AKP-Staaten beitreten, so wird die EWG dadurch noch tiefer in die Auseinandersetzungen um die Zukunft des südlichen Afrikas gezogen werden. Vielleicht wird von AKP-Seite sogar der Vorschlag unterbreitet, die neue Konvention angesichts der sehr harten Politik Südafrikas gegenüber Lesotho »Maseru I« zu nennen. In jedem Fall wird die EWG, was ihr eben bislang nicht gelungen ist, eine Politik für den Problembereich zu finden haben, den EG Kommissar Edgard Pisani Anfang des Jahres 1983 treffend mit »*This game of building up and blowing up must be stopped*« umschrieb.

LI und ihre Mitgliedsparteien werden im Dezember in der Theodor-Heuss-Akademie eine exzellente Gelegenheit haben, im Gespräch mit der PFP sich sachkundig zu machen und eine konstruktive Politik für das südliche Afrika zu formulieren. Dieser Dialog wird in Zukunft fortgesetzt werden und andere südafrikanische Parteien einschließen müssen, darunter vor allem Gatsha Buthelezis INKATHA, den ANC und auch die herrschende *Nasionale Party van Suid-Afrika*. So wird verhindert werden, daß die Liberalen dem nächsten »Soweto« so hilflos gegenüberstehen, wie dies 1976 der Fall war.

19) S. etwa Allan Boesak »New deal seeks to entrench evil system« in Sash 5/1983, S. 7-9, 27.